

II-4889 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2399 J
Dringliche Anfrage
1983-02-01

der Abgeordneten Blecha
und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr,
an den Bundesminister für Bauten und Technik,
sowie an den Herrn Bundeskanzler,
betreffend Auswirkungen des 60 Milliarden-Pakets der ÖVP
auf einige Zweige der österreichischen Wirtschaft, insbe-
sondere auf die Beschäftigungssituation

Die Bundesregierung hat am Beginn dieses Jahres ein Programm zur Sicherung der Beschäftigungspolitik in Österreich ausgearbeitet, das im Nationalrat (und auch im Bundesrat) in insgesamt drei Dringlichen Anfragen ausführlich erörtert wurde.

Nunmehr liegt auch von Seiten der ÖVP ein 60-Milliarden-Paket vor, das auf einen Kurswechsel in Richtung einer restriktiven Wirtschaftspolitik abzielt und im Falle seiner Verwirklichung jene negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und insbesondere auf die Zahl der Arbeitslosen haben müsste, wie man sie am Beispiel zahlreicher anderer Länder, in denen eine solche Politik praktiziert wird, in eindrucksvoller Weise studieren kann.

Wenngleich die Österreichische Volkspartei nach menschlichem Ermessen auch nach den Wahlen zum Nationalrat keine Mehrheit

- 2 -

für eine solche gefährliche und arbeitsplatzvernichtende Politik finden wird, erscheint es doch notwendig, die negativen Auswirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik nach konservativem Muster auf verschiedene Sektoren der österreichischen Wirtschaft, die davon besonders nachhaltig betroffen werden, genauer zu analysieren.

Es ist den unterzeichneten Abgeordneten bewusst, dass eine genauere Analyse des 60 Milliarden-Belastungspaketes der ÖVP allein schon dadurch erschwert wird, dass die Angaben von Spitzenpolitikern der ÖVP über dieses Paket sich von Tag zu Tag ändern und allein innerhalb eines Zeitraumes von 4 Tagen Widersprüche im Gesamtvolumen von mehreren Dutzend Milliarden nachgewiesen werden können.

- o So erklärte z.B. ÖVP-Vizebürgermeister Busek im ÖVP-Pressedienst am 27. Jänner 1983, dass die ÖVP bei den Österreichischen Bundesbahnen in den nächsten 4 Jahren 8 Milliarden Schilling einsparen wolle, während der Wirtschaftssprecher der ÖVP, Abgeordneter Robert Graf, am 31. Jänner, also nur vier Tage später, bereits von Einsparungen bei den Bundesbahnen in Höhe von 18 Mia Schilling gesprochen hat.

Innerhalb von vier Tagen haben sich daher die angeblich geplanten Einsparungen um 10 Mia Schilling erhöht, wobei allerdings weder bei den 8 Mia, noch bei den 18 Mia Schilling genauere Angaben gemacht werden.

- o Bei den öffentlichen Bediensteten wollte Vizebürgermeister Busek laut ÖVP-Pressedienst vom 27. Jänner 1983 "durch weniger Nachbesetzungen bei rein administrativen Tätig-

- 3 -

keiten" 1 Mia jährlich einsparen.

Demgegenüber wollte der ÖVP-Wirtschaftssprecher 4 Tage später, laut ÖVP-Pressedienst vom 31. Jänner 1983, durch "teilweise Nachbesetzung freiwerdender öffentlicher Dienstposten" in vier Jahren rund 8 Mia einsparen, also jährlich 2 Mia Schilling.

Es muss an dieser Stelle - zur Beleuchtung der Unseriosität des ÖVP-Programmes - angemerkt werden, dass der gesamte Aktivitätsaufwand für die Bundesbediensteten im Jahre 1983 75,5 Mia Schilling (für 287.000 Bundesbedienstete) beträgt.

Demnach bedeutet eine Kürzung des Aktivitätsaufwandes um 2 Mia Schilling jährlich, dass jährlich rund 7.500 Dienstposten eingespart werden müssten. Da aber pro Jahr nur rund 6.500 Bundesbedienstete in Pension gehen, bedeutet dies, dass die Einsparung von 8 Mia Schilling in vier Jahren nicht etwa zur Folge hätte, dass freiwerdende öffentliche Dienstposten "nur teilweise" nachbesetzt werden, sondern dass sämtliche freiwerdenden Dienstposten ohne Ausnahme nicht nachbesetzt und ausserdem rund 1.000 öffentlich Bedienstete entlassen werden müssen, oder Kürzungen auch im Pensionsaufwand einsetzen müssten. In jedem Fall hat die Einsparung von 7.500 Dienstposten im Bereich des öffentlichen Dienstes jährlich auch den Verlust.. von 7.500 sicheren Arbeitsplätzen zur Folge.

- o Was den Strassenbau betrifft, sollen im 60 Milliardenprogramm der ÖVP nach der Variante Robert Graf "im Bereich der Infrastruktur, insbesondere im Strassenbau", die Budgetmittel um mindestens 6 Mia Schilling gekürzt werden, während ÖVP-Vizebürgermeister Busek 4 Tage vorher nicht weniger als 15 Mia

- 4 -

Schilling einsparen wollte.

- Gleichermaßen falsch sind beide Zahlenangaben beim Konferenzzentrum:

Aus dem Antrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen vom 9. April 1981 Nr. 107/A geht hervor, dass die ÖVP im Falle eines Verzichtes auf das Konferenzzentrum für den Zeitraum 1983 bis inklusive 1986 mit einer Reduzierung der finanziellen Verpflichtungen des Bundes von 1,920 Mia Schilling rechnet (s.Seite 2 der Begründung dieses Antrages).

Dennoch verspricht die ÖVP für die nächsten Jahre nunmehr Einsparungen von 10 Mia Schilling in den nächsten 4 Jahren bei einem Verzicht auf den Bau des Konferenzzentrums.

- Bemerkenswert hingegen ist, dass weder Vizebürgermeister Busek, noch ÖVP-Wirtschaftssprecher Robert Graf den von ÖVP-Obmann Dr. Mock in einem Zeitungsinterview am 22.Jänner 1983 angekündigten Selbstbehalt im Bereich der Sozialversicherung in ihre Berechnungen aufgenommen haben, geschweige denn quantifiziert haben.

Überhaupt muss festgestellt werden, dass die vorstehend aufgezeigten Ungereimtheiten und Widersprüche bei weitem nicht alle sind, die im Zuge des sogenannten 60 Milliarden-Programmes der ÖVP auftauchen, das deshalb von verschiedenen Experten mit Recht als Schwindelprogramm bezeichnet wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten wollen sich dennoch darauf beschränken, von den zuständigen Regierungsmitgliedern Stellungnahmen zu einigen "Schwerpunkten" des ÖVP-60 Milliarden-Pakets einzuholen, die sich auf die betreffenden Ressorts besonders nachteilig auswirken oder in besonders hohem

- 5 -

Masse Arbeitsplätze vernichten würden.

Sie richten daher

an den Herrn Bundesminister für Verkehr die nachstehenden

A n f r a g e n :

1. Wie würden sich Ausgabenkürzungen bei den Österreichischen Bundesbahnen in Höhe von 8 Mia Schilling (Variante Busek) auf die Beschäftigungssituation, auf die Investitionen bzw. auf die Betriebstätigkeit der Österreichischen Bundesbahnen auswirken ?
2. Wie wären die gleichen Auswirkungen des ÖVP-Programmes in der Variante Robert Graf zu beurteilen, wonach in den Jahren 1984 bis 1987 rund 18 Mia Schilling Budgetkürzungen von den Österreichischen Bundesbahnen zu verkraften wären ?
3. Wie wirkt sich allgemein eine Kürzung der Investitionen der Österreichischen Bundesbahnen um 1 Mia Schilling unter den derzeitigen Bedingungen aus ?

Die unterzeichneten Abgeordneten richten weiters an den Herrn Bautenminister die nachstehenden

A n f r a g e n :

1. Wie würde sich der Verzicht von 15 Mia Schilling

- 6 -

(Variante Busek) auf den Bau von Autobahnen, Schnellstrassen und Bundesstrassen, auf die Situation der österreichischen Bauwirtschaft im allgemeinen und auf die Beschäftigungslage (direkte und indirekte Wirkungen) im besonderen auswirken ?

2. Welche Möglichkeit sehen Sie für die Bauwirtschaft, durch "kostengünstigere Bauvarianten" im Bereich der Infrastruktur, insbesondere im Straßenbau (Variante Robert Graf) mindestens 6 Mia Schilling einzusparen ?

Die unterzeichneten Abgeordneten richten schliesslich an den Bundeskanzler bzw. an den zu seiner parlamentarischen Vertretung befugten Staatssekretär die nachstehenden

A n f r a g e n :

1. Wieviele Dienstposten bzw. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst des Bundes würden verlorengehen, wenn man in diesem Bereich in vier Jahren den Personalaufwand um rund 8 Mia Schilling kürzen will (Variante Robert Graf)?
2. Wie müssten die Kürzungen des Dienstpostenplanes des Bundes beschaffen sein, wenn man "bei rein administrativen Tätigkeiten des Bundes" durch Personaleinsparungen 1 Mia Schilling jährlich (Variante Busek) einsparen will ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, die Anfrage gemäss § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln.